

Kleine Anfrage Florence Pärli Schmid (JF): Warum toleriert der Gemeinderat Gewaltverherrlichung an städtischen Gebäuden?

Der Gemeinderat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wer entscheidet, ob an städtischen Gebäuden angebrachte Statements und Aufrufe wie Transparente oder Graffitis entfernt werden müssen und nach welchen Kriterien?
2. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Solidaritätsbekundung mit einer mutmasslichen Terroristin indirekt als Aufruf zur Gewalt oder zumindest als gefährliche Verharmlosung von Gewalt gedeutet werden muss?
3. Mit welcher Begründung liess die Stadt Bern das Transparent, welches zur Solidarität mit einer mutmasslichen Terroristin aufruft, bisher nicht entfernen?
4. Ist der Gemeinderat bereit, Immobilien Stadt Bern anzuweisen, für die Entfernung des Transparents zu sorgen?

Begründung

Linksextremismus ist, wie jeder Extremismus, eine Gefahr für unsere Demokratie und unser gesellschaftliches mit- und nebeneinander. Politisch motivierte Straftaten wie der abscheuliche Angriff auf Polizistinnen und Polizisten in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai 2024 sind keine spontanen Aktionen. Oftmals entspringen sie einem sich über längere Zeit schwelenden Radikalisierungsprozess. Seit jeher liest man an und in der Berner Reitschule etwa Slogans wie «LCDS», let cops die slowly. In der Vergangenheit liess Immobilien Stadt Bern bereits mehrfach Graffitis und Transparente entfernen, welche offen zu Gewalt aufriefen. Seit neuestem drückt das Haus nun seine Solidarität mit der mutmasslichen RAF-Terroristin Daniela Klette aus, welche im Februar 2024 in Berlin endlich verhaftet werden konnte und sich nun für ihre Taten vor Gericht verantworten müssen. Die Solidarisierungsaktionen in deutschen Städten, welche offensichtlich auch Teile der linken Szene in Bern erreicht haben, entspringen einer gefährlichen Verharmlosung, um nicht zu sagen einer Romantisierung, von linksextremer Gewalt

Bern, 16. Mai 2024

Erstunterzeichnende: Florence Pärli Schmid

Mitunterzeichnende: Ursula Stöckli, Simone Richner, Nik Eugster, Oliver Berger, Tom Berger

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Diesbezügliche Entscheidungen trifft die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik zum Teil auch auf Empfehlung der Kantonspolizei. Sprayereien, Transparente, etc. werden entfernt, sofern sie menschenverachtend, sexistisch oder rassistisch sind, Drohungen gegen Personen, Institutionen oder Körperschaften beinhalten sowie zur Gewalt aufrufen.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat sieht in einer (unerwünschten) Solidaritätsbekundung keinen mittelbaren oder unmittelbaren Aufruf zur Gewalt und auch keine gefährliche Verharmlosung von Gewalt.

Zu Frage 3:

Nachdem Immobilien Stadt Bern vom Transparent Kenntnis hatte, hat sie die Reitschule aufgefordert, dieses zu entfernen. Dieser Aufforderung ist die Reitschule nachgekommen.

Zu Frage 4:

Siehe Antwort zu Frage 3.

Bern, 12. Juni 2024

Der Gemeinderat